

**Rede
der Fraktionsvorsitzenden**

Johanne Modder, MdL

zu TOP Nr. 4 bis 18

Haushaltsberatungen 2022/2023

während der Plenarsitzung vom 14.12.2021
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das war Frontalopposition. Wünsch dir was! Ich mache alles besser! Ich zeig' schon, wie es geht!

Ein Jahrzehnt der Investitionen! - Ihr Niedersachsenfonds, auf den ich nachher noch zu sprechen komme, steht nur auf tönernen Füßen, Frau Kollegin. Es könnte sein, dass er wie eine Seifenblase platzt!

Meine Damen und Herren, ich will ein paar Sätze zum Doppelhaushalt sagen, den wir am Donnerstag dann hoffentlich mit großer Mehrheit in diesem Haus verabschieden werden.

Ich glaube, mit dem Doppelhaushalt für die Jahre 2022/2023 liegt Ihnen ein Haushalt vor, der die Balance zwischen der aktuellen Krisenbewältigung und der Bewahrung der Strukturen hält und gleichzeitig die Weichenstellung für einen Neustart aus der Krise aufzeigt.

Frau Hamburg - das habe ich gerade vergessen -, Sie haben den Sanierungsstau angesprochen, der unbestritten da ist. Aber der ist nicht in den letzten vier Jahren entstanden. Nur mal so viel!

Natürlich ist auch dieser Doppelhaushalt wieder stark von den Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt. Ich bin deshalb sehr froh, dass die regierungstragenden Fraktionen von SPD und CDU über ihre sogenannte politische Liste - also unseren Änderungsantrag - weitere wichtige Schwerpunkte gesetzt haben. Ich komme darauf gleich noch zu sprechen.

Meine Damen und Herren, diese Wahlperiode teilt sich in zwei völlig unterschiedliche Hälften. In der ersten Hälfte der Wahlperiode verzeichneten wir ein stetiges Wirtschaftswachstum mit steigenden Steuereinnahmen, steigenden Beschäftigungszahlen und sinkender Arbeitslosigkeit. Die zweite Hälfte ist dann aber gekennzeichnet von der Corona-Pandemie - von der Bekämpfung der schwersten Krise unseres Landes, die alle Bereiche unseres Lebens erfasst - und von der höchsten Neuverschuldung unseres Landes. Ich erinnere an die beiden Nachträge mit 1,4 Milliarden und - der zweite - mit 8,4 Milliarden Euro, die hier durch dieses Parlament für die Krisenbewältigung zur Verfügung gestellt wurden und an sehr vielen Stellen für Hilfe und Entlastung gesorgt haben. Ich glaube, das darf man an dieser Stelle auch noch einmal erwähnen.

Dieser Doppelhaushalt wird wohl auch der letzte Haushalt dieser Legislaturperiode sein, und vielleicht auch der letzte Haushalt der Großen Koalition - wobei ich das ein bisschen schade finde, denn wir wurden bei unseren

Haushaltsberatungen in letzter Zeit immer besser und schneller. Es gab schon andere Zeiten.

Ich habe die vielen Stimmen insbesondere der Oppositionsfraktionen noch genau im Ohr. Man war sich immer einig: Diese Große Koalition wird nicht lange halten. - Aber wir haben das Gegenteil bewiesen, und wir legen auch mit diesem Doppelhaushalt den Beweis dafür vor, dass unser 2017 ausgehandelter Koalitionsvertrag so gut wie abgearbeitet ist und umgesetzt wurde.

Meine Damen und Herren, ganz besonders froh bin ich, dass wir mit der vollständigen Abschaffung der Kindergartengebühren zum 1. August 2018 sehr schnell eines der zentralsten Wahlversprechen der SPD einlösen und Tausende niedersächsische Eltern Monat für Monat spürbar entlasten konnten. So sieht Familienförderung aus! Es ist ein wichtiger Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der Einstieg in den Stufenplan zur dritten Kindergartenkraft ist ein weiterer Meilenstein in der niedersächsischen Bildungspolitik. Derzeit ist es genau richtig, dass der Haushaltsplan ab 2023 rund 12,3 Millionen Euro für die Ausbildungsförderung hinterlegt. Wir müssen zunächst alle Kraft darauf verwenden, die Ausbildung weiter auszubauen, weil uns genau hier die Fachkräfte fehlen.

Mit der schrittweisen Verbesserung des Betreuungsschlüssels bis 2027 erhöhen wir die Qualität in der frühkindlichen Bildung - also ein klares Bekenntnis zur Qualitätssteigerung. Wir sehen aber auch die Realität. Deshalb: keine Überforderung der Träger, sondern eine starke Offensive für die Ausbildung, meine Damen und Herren!

Ich will an dieser Stelle auch daran erinnern, dass Erzieherinnen und Erzieher kein Schulgeld mehr bezahlen müssen. Diese wichtige Schulgeldfreiheit haben wir außerdem auch in den Gesundheitsfachberufen eingeführt.

Nachdem Rot-Grün in der letzten Wahlperiode bereits die Schulgeldfreiheit in der Altenpflegeausbildung durchgesetzt hatte, haben wir Wort gehalten und uns im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2019 massiv für die Gesundheitsfachberufe eingesetzt - auch wenn wir noch nicht alles erreicht haben. Das gestehe ich gerne ein, Herr Bajus.

Meine Damen und Herren, im Bereich der Bildungspolitik investieren wir aber noch mehr. Für den DigitalPakt Schule stehen mit den Bundesmitteln in Höhe von 470 Millionen Euro und den aufstockenden Landesmitteln in Höhe von 52 Millionen Euro insgesamt 522 Millionen Euro für die Verbesserung der IT-Bildungsinfrastruktur unserer Schulen bis 2024 zur Verfügung.

Diese Mittel werden leider sehr zögerlich abgerufen. Deshalb werbe ich noch einmal ausdrücklich dafür, das Angebot von Beratungsgesprächen in den Regionalen Landesämtern für Schule und Bildung in Anspruch zu nehmen; denn wir brauchen den digitalen Ausbau an unseren Schulen jetzt.

Mit der Einführung eines vergünstigten Schüler- Tickets, für das 30 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden, leisten wir einen weiteren wichtigen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit und zur Stärkung des ÖPNV und im Übrigen auch des Klimaschutzes.

Meine Damen und Herren, seit Anfang 2020 kämpfen wir gegen das Coronavirus. Niemals zuvor hätte ich mir vorstellen können, dass wir über so tiefgreifende Maßnahmen diskutieren müssen, um die Gesundheit und das Leben der Menschen zu schützen und eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern.

Meine Damen und Herren, damit bin ich schon bei einem weiteren Schwerpunkt dieses Doppelhaushalts. Es ist nämlich eine großartige Leistung der regierungstragenden Fraktionen, dass wir den Ausbau der Medizinstudienplätze an der European Medical School von 80 auf 120 Studienplätze schon jetzt absichern können.

Wir werden dafür in 2023 10,8 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, dass die Universität schon 2022 mit erheblichen Finanzmitteln in Vorleistung geht - eine große Kraftanstrengung, aber ein wichtiges Signal auch in die Region, und nicht nur in die Region, sondern auch zum Thema Stärkung der ärztlichen Versorgung. Dazu gehören auch die Investitionen zum Ausbau der EMS und die Landarztquote.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang will ich aber auch auf die Bauvorhaben an der MHH und der UMG mit einem Sondervermögen von immerhin 1,1 Milliarden Euro und auch auf die Anhebung der Investitionsmittel für unsere Krankenhäuser um 30 Millionen Euro auf jährlich 150 Millionen Euro hinweisen.

Ich weiß, dass der Sanierungsstau wesentlich höher ist. Darauf hat auch die Enquetekommission in ihrem Abschlussbericht deutlich hingewiesen. Sowohl die Krankenhausfinanzierung im Bereich der Investitionen als auch die Strukturmaßnahmen werden uns in den nächsten Jahren sicherlich noch vor große Herausforderungen stellen.

Meine Damen und Herren, im Bereich der Migrationsberatung konnten wir ebenfalls über die politische Liste die Kürzungen des Bundes auffangen. Dafür bin ich sehr dankbar; denn uns allen wurde durch die Demonstrationen deutlich

gemacht, dass diese Beratungsstrukturen einen wesentlichen Beitrag zur Integration in unserem Land leisten. Wenn Integration wirklich gelingen soll, dann ist der Bund gefordert, diese Kürzungen auch aufgrund der aktuellen Situation zurückzunehmen. Zumindest ist mein Appell an die Bundesregierung, diese Maßnahmen noch einmal zu überdenken.

Ich will zwei weitere wichtige Positionen aus der politischen Liste benennen: jeweils 2,5 Millionen Euro für die Kurzzeitpflege und, weil auch das Thema Kinderschutz ganz oben auf unserer Agenda steht, für ein weiteres Kinderschutzzentrum, nämlich in Braunschweig.

Meine Damen und Herren, ganz besonders stolz bin ich darauf, dass die Regierungsfractionen ein deutliches Signal im Bereich der inneren Sicherheit gesetzt haben. Wir haben deutlich gemacht, wie wichtig uns die Arbeit unserer Polizei ist und dass wir aufgrund der ständig zunehmenden Aufgaben wie durch die Internetkriminalität oder auch hinsichtlich des Bereichs des Kindesmissbrauchs nicht weniger, sondern mehr Polizistinnen und Polizisten brauchen.

Deshalb haben wir uns in den Verhandlungen mit der Landesregierung darauf einigen können, dass die Regierungsfractionen über ihre politische Liste 430 Stellen für Polizeianwärterinnen und -anwärter finanziell absichern, damit die 430 vorgesehenen kw-Vermerke ab 2024 folgerichtig entfallen können. Des Weiteren konnten wir auch die kw-Vermerke im Bereich der Tarifbeschäftigten, die ab 2024 vorgesehen waren, streichen. Ich finde, das ist ein wirklich großer Erfolg dieser Koalition. Dafür danke ich ganz herzlich, weil wir damit unserem Versprechen aus dem Koalitionsvertrag nachkommen.

An dieser Stelle will ich auch deutlich hervorheben, dass wir in Niedersachsen über Klimaschutz nicht nur reden, sondern Klimaschutz und Klimafolgenanpassung ganz konkret angehen. Mit unserem Maßnahmenpaket über verschiedene Ressorts hinweg stellen wir mehr als 1 Milliarde Euro zur Verfügung. Auch der „Niedersächsische Weg“ wird seinen Beitrag dazu leisten. Damit wird deutlich, dass Klimaschutz einen sehr hohen Stellenwert in dieser rotgeführten Landesregierung hat und nicht zuletzt auch die Verankerung in unserer Verfassung ein klares Bekenntnis gegenüber unseren zukünftigen Generationen darstellt.

Außerdem haben wir Regierungsfractionen für die Starkregenvorsorge und die Stärkung des Hochwasserschutzes im Einzelplan des Umweltministeriums weitere 3 Millionen Euro jährlich zur Verfügung gestellt. Ich glaube, uns allen sind die Bilder der letzten Hochwasser in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz noch sehr präsent. Wir in Niedersachsen wollen präventiv tätig werden und tragen deshalb hier Vorsorge.

Meine Damen und Herren, bevor ich gleich zu den Anträgen der Opposition komme, will ich noch auf einen Punkt hinweisen, der uns als SPD-Fraktion sehr wichtig war, nämlich die Regionalentwicklung und die Förderung des ländlichen Raums. Deshalb haben wir dem Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung weitere 4,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um das Thema Zukunftsräume und die soziale Daseinsvorsorge weiter voranzutreiben. Davon werden die ländlichen Räume in unserem Land sehr profitieren, insbesondere im Bereich der Gesundheitsversorgung.

Meine Damen und Herren, die sehr kurzfristig eingebrachten Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen sind - wieder einmal, wie ich finde - überraschungsfrei. Dennoch lohnt sich ein genauer Blick in die Vorschläge zu den Einzelplänen. Sowohl die Grünen als auch die FDP greifen den Sanierungsstau, der gar nicht bestritten werden kann, auf.

Bündnis 90/Die Grünen wollen mit einem Niedersachsenfonds in Höhe von 1 Milliarde Euro innerhalb von zwei Jahren Kapitalaufnahmen von insgesamt 10 Milliarden Euro hebeln. Allerdings soll der Niedersachsenfonds zuvorderst aus dem Corona-Sondervermögen, aus Steuerrechtsveränderungen und aus Rücklagemitteln infolge von Steuerschätzungen gespeist werden.

Meine Damen und Herren, die Kredite aus dem Corona-Sondervermögen, die zur Finanzierung Ihres N-Fonds gedacht sind, sind explizit Notlagenkredite, die zur Bewältigung der Corona-Krise vorgesehen sind. Sie dürfen auch nur dafür verwendet werden. Mit anderen Worten: Ihr Vorschlag ist so verfassungswidrig.

Ich erinnere hierzu mal an das Urteil des Staatsgerichtshofs aus Hessen.

Zum anderen - und das finde ich viel gravierender - wollen Sie die Mittel aus dem Corona-Sondervermögen entnehmen, obwohl wir mitten in der vierten Corona-Welle stecken und noch keine genauen Kenntnisse haben, was bezüglich der Omikron-Variante auf uns zukommt. Das, meine Damen und Herren, ist nicht nur fahrlässig, sondern unverantwortlich.

Der Vorschlag der FDP basiert auf einem Dreisäulenmodell: Erstens 100 Millionen Euro, aus dem Haushalt finanziert, als staatlicher Modernisierungsfonds; zweitens 100 Millionen Euro für standardisierte öffentlich-private Partnerschaften; das ist risikobehaftet; denn, na ja, Private wollen auch immer ein bisschen Gewinn erzielen. Drittens die Weiterentwicklung der NBank zur Investitionsagentur, die anstelle von Zuschüssen künftig Darlehen an Dritte vergibt - auch ein Modell mit vielen Fragen und Risiken.

Dann die Kürzungsvorschläge der FDP, die sich ja mittlerweile jährlich wiederholen: Weg mit den hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten, massive Kürzungen bei den Arbeitsfördermaßnahmen, Auflösung des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung sowie der Landesbeauftragten für regionale Landesentwicklung.

- Ja, das macht deutlich, welchen Stellenwert die Regionalentwicklung bei Ihnen hat.

Aber es geht noch weiter: Sie wollen kein Landesbüro der Umwelt- und Naturschutzverbände und auch die Ausbuchung der 494.000 Euro für das Auswahlverfahren im Zusammenhang mit der Landarztquote. Ich bin mal gespannt, ob Sie überhaupt noch zur Landarztquote stehen.

In fast jedem Einzelplan finden sich Mittelkürzungen mit der Begründung „Anpassung an den Ist- Zustand“ oder „digitale Rendite“. - Das sind Einsparungen, die aus meiner Sicht unrealistisch sind.

Ich stelle also für beide Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen fest: Es ist gut, dass Sie nicht in Regierungsverantwortung sind.

Ihre Anträge sind nicht nur unseriös durchfinanziert, sondern sie sind auch nicht nachhaltig. Es reicht eben nicht, ein real vorhandenes Problem wie den Sanierungsstau zu thematisieren, aber bei der Lösung auf unseriöse Vorschläge zu setzen.

Meine Damen und Herren, es ist doch überhaupt kein Geheimnis, dass wir als SPD-Fraktion für die grundsätzliche Idee eines Niedersachsenfonds gemeinsam mit dem DGB geworben haben. Darüber, wie ein solcher Niedersachsenfonds ausgestaltet werden könnte und für welche Zwecke er eingesetzt werden sollte, werden wir sicherlich weiter zu debattieren haben. Ich nenne nur die Wohnungsbaugesellschaft, zu der wir uns bekennen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir den Sanierungsstau, den Sie ja zu Recht beschreiben - und ich füge hinzu: auch die erforderlichen Zukunftsinvestitionen -, nicht über unsere laufenden Haushalte erwirtschaften können, sondern neue Wege gehen müssen. Ich bleibe dabei, dass wir auch eine Reform der Schuldenbremse brauchen, um größere Handlungsspielräume zu bekommen. Deshalb bin ich sehr gespannt auf die Einzelplanberatungen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.